



# Einladung Neugründung Riesaer Appell 2.0

Liebe Mitstreiterinnen und UnterstützerInnen des Riesaer Appell,

in unserem Vorbereitungstreffen zur Neugründung/Neuausrichtung des Riesaer Appell am 12. März stand vor allem die Frage der inhaltlichen Neuausrichtung im Mittelpunkt der Veranstaltung. An erarbeiteten Themenwänden wurden eine Vielzahl von Ideen formuliert, die gezeigt haben, dass ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aus verschiedenen Akteuren auch in Riesa wichtig und notwendig ist, welches entschieden für grundlegende humanistische Werte und gegen Diskriminierung und Rassismus eintritt.

Der 2011 von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit initiierte Aufruf „Riesaer Appell“ bedarf, wie am 12. März bereits vorgestellt, einer inhaltlichen als auch strukturellen Überarbeitung. Er soll ein klares Bekenntnis zu den bereits im „Uraufruf“ formulierten Grundwerten unserer Gesellschaft darstellen.

Wir brauchen aber nicht nur einen zivilgesellschaftlichen Aufruf, der ein tolerantes Werteverständnis formuliert, sondern auch viele Unterstützer- und vor allem MitstreiterInnen, die aktiv an der Umsetzung der gesammelten Ideen mitwirken.

Der bereits seit längerem begonnene Wandel des Riesaer Appell von einem reinem Aufruf hin zu einem aktiven Aktionsbündnis macht eine Neustrukturierung notwendig, die wir mit Dir/Ihnen vollziehen wollen.

Deshalb laden wir Dich/Sie zu dem offiziellen Neugründungstreffen des Riesaer Appell 2.0

**am 30. Mai | 18 Uhr | in die Schlossremise (Kirchstraße 46a) ein.**

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Diskussion und Abstimmung zum Aufruf „Riesaer Appell 2.0“
2. Diskussion und Abstimmung zur Struktur des „Riesaer Appell 2.0“
3. Bericht der am 12. März gewählten kommissarischen SprecherInnengruppe
4. Wahl einer neuen SprecherInnengruppe
5. Bildung von Aktionsgruppen zur Ideenumsetzung (Welche Veranstaltungen, Ideen von den Themenwänden etc. sollen zeitnah, durch wen umgesetzt werden?)

In der Anlage finden Sie den Vorschlag für den Aufruftext „Riesaer Appell 2.0“. Änderungsvorschläge können bereits im Vorfeld unseres Treffens an den Absender dieser Mail geschickt oder direkt am 30. Mai eingebracht werden. Ebenfalls in der Anlage finden sie den Vorschlag der kommissarischen SprecherInnengruppe zur Neustrukturierung des Riesaer Appell 2.0. Auch hier sind Änderungsvorschläge im Vorfeld oder zum Treffen möglich.

Die kommissarische Sprechgruppe

Anja Müller  
Anas Alhashmi  
Andreas Näther  
Katja Schlehstedt  
Volker Herold

## „Riesaer Appell 2.0 – Demokratie heißt Hinsehen und Gesicht zeigen!“

Jeder Mensch in einer demokratischen Gesellschaft hat das gleiche Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Das Gleichheitsprinzip ist in Deutschland durch Artikel 3 im Grundgesetz fest verankert. Rechtsextreme Ideologien erkennen dieses grundlegende Prinzip nicht an und wollen es gewaltsam außer Kraft setzen. Dies darf die demokratische Mehrheit im Land nicht zulassen!

Seit Ansiedlung der „Deutsche Stimme Verlags GmbH“ zusammen mit dem Versandhandel „Pühses Liste“ im Jahr 2000 in Riesa ist eine steigende Präsenz rechtsextremer Ideologen und Funktionäre, darunter Abgeordnete und MitarbeiterInnen der NPD-Landtagsfraktion in unserer Region zu verzeichnen. Die Strategie der Rechtsextremen, von der NPD als „sächsischer Weg“ bezeichnet, ist der Aufbau eines bürgerlichen Images durch das Engagement auch im Bereich der freien Kinder- und Jugendhilfe oder in öffentlichen Ehrenämtern, wie Schöffentätigkeit oder Elternvertretungen. Wegschauen und die fehlende öffentliche Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen haben zu einer schleichenden Akzeptanz geführt.

Uns erfüllt diese Entwicklung mit großer Sorge. Vielfalt in unserem Gemeinwesen braucht viele Betätigungsräume.

Unsere Kinder- und Jugendeinrichtungen sind Orte der kulturellen Vielfalt, der Integration unterschiedlicher Menschen und der demokratische Auseinandersetzung. Dabei sind die Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit für uns unumstößlich und Kompass unseres Handelns.

Hass auf Menschen, den die NPD permanent schürt und propagiert, werden wir jetzt und in Zukunft nicht dulden. Die Niedertracht von Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus hat in unseren Einrichtungen keine Chance.

Die große Anzahl von Menschen, die aus den verschiedensten Gründen, in unserem Land um Asyl bitten, stellt unsere Gesellschaft, die Institutionen, und unsere Gemeinwesen vor eine große Herausforderung. Diese Situation verunsichert Teile der Bevölkerung oder wird von manchen gar als bedrohlich empfunden. Ängste im Zusammenhang mit dem Zuzug von Asylbewerbern werden von rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen gezielt geschürt um ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, welches ihrer menschenverachtenden Ideologie den Nährboden bereitet. Flüchtlinge werden in diesem Kontext nicht mehr als Menschen wahrgenommen, die vor Krieg, Terror und Armut geflohen sind, sondern nur mehr als Problem. Wir erleben derzeit eine dramatische Entsolidarisierung, die unseren humanistischen Grundwerten widerspricht.

Wohl wissend um Probleme bei der Unterbringung und Integration von Asylsuchenden steht für uns das Grundrecht auf Asyl nicht zur Diskussion. Allen Versuchen in diesem Zusammenhang Menschenrechte zu beschneiden, Asylsuchende zu Menschen 2. Klasse zu machen, zu diskriminieren und auszugrenzen, stellen wir uns entschieden entgegen. Die Würde des Menschen ist für uns keine Verhandlungssache. Integration von Asylsuchenden ist keine Einbahnstraße, sondern braucht auch von uns Offenheit und vielfältige Angebote. Wir wollen und können unseren Beitrag leisten. Wir stehen für eine Willkommenskultur, die den zu uns geflüchteten Menschen kulturelle und soziale Teilhabe, ein selbstbestimmtes Leben in Sicherheit, Wahrung der eigenen Kultur, Religion und Identität und Mitgestaltung des Gemeinwesens ermöglicht.

Wir erwarten von den politischen Verantwortungsträgern in Bund, Land und Kommune eine deutliche Abgrenzung zu menschenfeindlichen Äußerungen und der Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und eine deutliche Positionierung zu den humanistischen Grundwerten unserer Gesellschaft.

<b>Solidarität</b>	bedeutet, über Rechtsverpflichtungen hinaus durch praktisches Handeln füreinander einzustehen. Solidarität mit rechtsextremen Gewalttätern schließt sich aus.
<b>Toleranz</b>	bedeutet nicht nur, andere Denk- und Verhaltensweisen zu dulden. Toleranz endet, wenn in sich geschlossene Wertevorstellungen intolerant gegen den definitiven Wert des Menschen, also seine Würde gerichtet sind oder diesen in Frage stellen oder in ein Verhältnis der Ungleichwertigkeit setzen.
<b>Freiheit</b>	ist die Freiheit eines jeden, auch des Andersdenkenden. Für seine Freiheit einzutreten schließt den Verzicht von Eskalation von Gewalt ein.
<b>Gleichheit</b>	gründet sich in der gleichen Würde aller Menschen.
<b>Gerechtigkeit</b>	fordert einen Ausgleich in der Verteilung von Arbeit und Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.

Im Kontext des Gedankenguts von NPD und ihren SympathisantInnen werden Menschen ausgegrenzt, verachtet, missachtet und auch gewaltsam angegriffen. Das zerstört bewusst ein demokratisches Miteinander. Dies steht im krassen Gegensatz zu den Werten, für die wir angetreten sind, in unseren Projekten und Einrichtungen zu arbeiten.

Unterstützen Sie durch Ihre Unterschrift unter diesem Appell unser gemeinsames Engagement für ein demokratisches Gemeinwesen.

Anm.: - ursprünglicher Wortlaut Riesaer Appell; - [erweiterter Wortlaut Riesaer Appell 2.0](#)

## **Riesaer Appell 2.0 - vom Initiator eines Aufrufs zum Aktionsbündnis**

Veränderte Zielsetzungen müssen ggf. veränderte Strukturen zur Folge haben.

### 1. Bündnis- oder Vereinsstruktur?

Es wird vorgeschlagen, dass der Riesaer Appell 2.0 vorerst nicht in der Rechtsform eines Vereins, sondern als Bündnis ohne eingetragene Rechtsform arbeitet. Das Aktionsbündnis Riesaer Appell 2.0 ist Verfasser eines Aufrufes, den jede(r) unterstützen kann. Dieser Aufruf stellt den Grundkonsens unter allen Beteiligten dar. Der RA versteht sich als Aktionsbündnis um Inhalte des Aufrufes aktiv umzusetzen. Dafür benötigt er aktuell noch keine eigene juristische Rechtsform. Dort wo diese Rechtsform nötig ist, (z.B. Anmeldung von Demonstrationen, Veranstaltungen, Spendenbescheinigungen etc.) wird in Kooperation mit Partnern gearbeitet, die die jeweiligen Vorgaben erfüllen. Eine Vereinsgründung ist jederzeit möglich, sollte sich dieses Modell als unpraktisch erweisen.

### 2. Wer ist eigentlich Mitglied im RA 2.0?

2.1. Vorgeschlagen wird die Trennung in „Mitglieder“ und „Unterstützer“.

#### **Unterstützer**

sind alle die, die den Riesaer Appell 2.0 mit ihrer Unterschrift unterstützen. Diese werden regelmäßig über Aktivitäten informiert, können und sollen sich natürlich inhaltlich und praktisch in den RA 2.0 einbringen, haben jedoch kein Stimmrecht. (ähnlich des facebook „gefällt mir“ Daumens)

#### **Mitglieder**

sind all diejenigen, die sich nicht nur mit ihrer Unterschrift zum Riesaer Appell bekennen und bei Aktionen mitmachen, sondern diese auch vorbereiten und die inhaltliche Ausrichtung und Schwerpunktsetzung des RA mitbestimmen wollen. Mitglieder haben Stimmrecht in den Versammlungen und können in die SprecherInnengruppe gewählt werden.

Vorgeschlagen wird, dass als Mitglieder nur natürliche Personen zugelassen werden, als Unterstützer sowohl natürliche als auch juristische Personen.

Um eine „Überinstitutionalisierung“ und parteipolitische Vereinnahmung auszuschließen, sollen nur „echte“ Personen Mitglieder werden können. Vereine, Institutionen, Parteien etc. können Unterstützer des Riesaer Appell 2.0 werden, aber keine Mitglieder.

Eine Mitgliedschaft muss beantragt und von der SprecherInnengruppe bestätigt werden.

### 3. Wer vertritt den RA nach außen?

Vorgeschlagen wird die Wahl einer SprecherInnengruppe durch die Mitgliederversammlung für die Dauer von einem Jahr.

Die SprecherInnengruppe vertritt den Riesaer Appell nach außen und ist für die Bearbeitung allgemeiner organisatorischer Belange (z.B. Finanzen, Homepage, Einladungen ...) verantwortlich.

Vorgeschlagen wird, dass die SprecherInnengruppe aus 5 Personen besteht. Die SprecherInnengruppe soll nach folgender Quotierung besetzt werden:

2 Frauenplätze, 1 Nichtdeutscher Platz, 2 frei zu vergebende Plätze

### 4. Wer ist für die inhaltliche Bearbeitung welcher Themen verantwortlich?

Gründung verschiedener Arbeitsgruppen, in denen sich die Mitglieder / Unterstützer engagieren können. Nach Auswertung der Themenwände vom 12.03.2016 wird die Gründung folgender Arbeitsgruppen vorgeschlagen:

Aktionen / Veranstaltungen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus  
Asyl / Miteinander